Verordnung über die Gebühren für die Erteilung von Arbeitsbewilligungen an Ausländer

vom 10.12.2007 (Fassung in Kraft getreten am 01.07.2019)

Der Staatsrat des Kantons Freiburg

gestützt auf das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration vom 16. Dezember 2005 (AIG);

gestützt auf die Bundesverordnung vom 24. Oktober 2007 über die Gebühren zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (Gebührenverordnung AIG, GebV-AIG);

gestützt auf die Bundesverordnung vom 24. Oktober 2007 über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE);

gestützt auf die Bundesverordnung vom 22. Mai 2002 über die schrittweise Einführung des freien Personenverkehrs zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft und deren Mitgliedstaaten sowie unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (Verordnung über die Einführung des freien Personenverkehrs, VEP);

gestützt auf die Bundesverordnung vom 21. Mai 2003 über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (EntsV);

Auf Antrag der Sicherheits- und Justizdirektion,

beschliesst:

Art. 1

¹ Für Verfügungen im Zusammenhang mit Arbeitsbewilligungen wird beim Arbeitgeber eine Verwaltungsgebühr erhoben.

Art. 2

¹ Für Verfügungen, die gestützt auf die Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit erlassen werden, gelten folgende Beträge:

- a) erstmalige Aufenthaltsbewilligung (Art. 20 VZAE): Fr. 800
- b) Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung: Fr. 100
- c) erstmalige Kurzaufenthaltsbewilligung (Art. 19 VZAE): Fr. 400
- d) Erneuerung der Kurzaufenthaltsbewilligung: Fr. 100

- e) Nicht den Höchstzahlen unterstehende Bewilligung für eine Dauer von höchstens vier Monaten: Fr. 200
- f) Arbeitsbewilligung für Künstler: Fr. 120
- g) Arbeitsbewilligung für den Nebenerwerb von Studenten: Fr. 100
- h) Bewilligung für den Wechsel der Arbeitsstelle (Art. 83 VZAE): Fr. 50
- i) Bewilligung zur Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit (Art. 83 Abs. 1 Bst. c und Art. 53 Abs. 3 VZAE): Fr. 200
- j) Andere Bewilligungen für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit: Fr. 200
- k) Abweisung eines Gesuchs: Fr. 150 bis 400

Art. 3

¹ Für Verfügungen betreffend Angehörige der EU- und EFTA-Staaten gelten folgende Beträge, sofern das Freizügigkeitsabkommen auf diese Personen anwendbar ist:

- a) Aufenthaltsbewilligung EG: Fr. 400
- b) Kurzaufenthaltsbewilligung EG: Fr. 200
- c) Bewilligung für höchstens vier Monate: Fr. 100
- d) Von den Höchstzahlen ausgenommene Bewilligung für höchstens 90 Arbeitstage gemäss Artikel 14 VEP: Fr. 200

Art. 4

¹ Für die im Bundesrecht vorgesehene Meldebestätigung wird eine Gebühr von 25 Franken erhoben.

Art. 5

¹ Für Sanktionen, die gegenüber einem Arbeitgeber gestützt auf Artikel 122 AIG ausgesprochen oder angedroht werden, wird eine Verwaltungsgebühr erhoben.

² Die Höhe der Gebühr wird wie folgt festgelegt:

- a) Abweisung eines Gesuchs (Sanktion): Fr. 500 bis 1500
- b) Androhung einer Sanktion: Fr. 200 bis 800

Art. 5a

¹ Für Verfügungen betreffend Asylsuchende, anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen gelten folgende Beträge:

- a) erstmalige Bewilligung für Asylsuchende: Fr. 100

- b) Bewilligung für den Wechsel der Arbeitsstelle für Asylsuchende: Fr. 30 bis 50
- c) Arbeitsbewilligung für anerkannte Flüchtlinge oder vorläufig aufgenommene Personen: Fr. 30 bis 50

Art. 6

¹ Die Gebühren sind vom Arbeitgeber zu bezahlen.

² Vom Arbeitnehmer kann keine Rückerstattung verlangt werden.

Art. 6a

¹ Die Gebühren nach dieser Verordnung können bei der Einreichung des Gesuchs erhoben werden.

Art. 7

¹ Die Verordnung vom 11. Oktober 2004 über die Gebühren für die Erteilung von Arbeitsbewilligungen an Ausländer (SGF 866.2.16) wird aufgehoben.

Art. 8 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

Änderungstabelle – Nach Beschlussdatum

Beschluss	Berührtes Element	Änderungstyp	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
10.12.2007	Erlass	Grunderlass	01.01.2008	2007_124
19.02.2013	Art. 2	geändert	01.03.2013	2013_008
19.02.2013	Art. 3	geändert	01.03.2013	2013_008
19.02.2013	Art. 5	geändert	01.03.2013	2013_008
19.02.2013	Art. 5a	eingefügt	01.03.2013	2013_008
19.02.2013	Art. 6a	eingefügt	01.03.2013	2013_008
26.06.2019	Ingress	geändert	01.07.2019	2019_055
26.06.2019	Art. 5 Abs. 1	geändert	01.07.2019	2019_055

Änderungstabelle – Nach Artikel

Berührtes Element	Änderungstyp	Beschluss	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
Erlass	Grunderlass	10.12.2007	01.01.2008	2007_124
Ingress	geändert	26.06.2019	01.07.2019	2019_055
Art. 2	geändert	19.02.2013	01.03.2013	2013_008
Art. 3	geändert	19.02.2013	01.03.2013	2013_008
Art. 5	geändert	19.02.2013	01.03.2013	2013_008
Art. 5 Abs. 1	geändert	26.06.2019	01.07.2019	2019_055
Art. 5a	eingefügt	19.02.2013	01.03.2013	2013_008
Art. 6a	eingefügt	19.02.2013	01.03.2013	2013_008